

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1878

225 (22.9.1878)

Beilage zu Nr. 225 der Karlsruher Zeitung.

Sonntag, 22. September 1878.

Deutschland.

† Berlin, 19. Sept. Das erste Verzeichniß der beim Reichstag eingegangenen Petitionen ist soeben im Druck ausgegeben und umfaßt 50 der Petitionskommission überwiesene Petitionen. Wir heben von denselben nachstehende Gesuche als von allgemeinerem Interesse hervor: Der landwirtschaftliche Verein zu Schuppenbeil, bittet allen, die Wiedererrichtung der Eisenzölle, in welcher Form auch immer, betreffenden Gesetzesvorlagen oder Anträgen die verfassungsmäßige Zustimmung zu versagen. — Der Adolph Schönrade zu Königsberg in Preußen und Genossen bitten, die Ertheilung der Erlaubniß zum Musikziren auf das ganze Deutsche Reich auszudehnen und nicht auf jeden Regierungsbezirk zu beschränken. — Der vormalige Münzmeister L. Andersen zu Hamburg wiederholt sein schon früher mehrfach vorgebrachtes Gesuch um Bewirkung des Rechtsweges für die gerichtliche Geltendmachung eines privatrechtlichen Guthabens bei der königl. preuß. Staatskasse aus dem Titel einer vertragsmäßig festgestellten Entschädigung. — Der Karl Franz Lutterforth zu Berlin beantragt Zufüge zu den §§ 180 und 184 des Reichs-Strafgesetzbuchs, die Bestrafung der unethischen Zeitungsinsertate betreffend. Weiter wiederholte der Major a. D. J. v. Kretschmann zu Hamburg seine wiederholte Bitte um Gestattung des Rechtsweges zur Geltendmachung seiner aus dem schleswig-holsteinischen Pensionsgesetz vom 15. Februar 1850 hergeleiteten Ansprüche auf lebenslängliches Wartegeld. — Der Bürgermeisteramt zu Krossen bittet zu veranlassen, daß der Stadt Krossen die Kasernen des Reiches abgenommen werden, und die erforderlichen Geldmittel zu bewilligen. — Friedrich August Kuhnmer zu Alt-Tschau bei Neusalz a. O. bittet, die Mittel und Wege ausfindig zu machen, um für die Zukunft zu verhüten, daß die Wähler des Deutschen Reichs nicht gezwungen werden, ihr Wahlrecht unter Parteiterrorismus ausüben zu müssen. — Geheimen Kommissionsrath F. A. Günther zu Berlin, als Vorsitzender des Zentralverbandes der deutschen Lederindustriellen, beantragt die Erhöhung des Eingangszolles auf alle Lederarten und Lederwaren um 14 M. pro Zentner der Vereinigten Staaten von Nordamerika gegenüber und Gewährung vollständiger Parität für alle Erzeugnisse der Lederindustrie beim Abschluß von Handelsverträgen mit europäischen Staaten. — Der Magistrat zu Freiburg in Schlesien bittet um die Gewährung der Berechtigung zum Studiren der Medizin an die Abiturienten der preussischen Realschule I. Ordnung und der ähnlich organisirten Anstalten der übrigen deutschen Staaten, sowie den Kasernungsgesetz-Entwurf dahin auszubehnen, daß die von den Garnisonorten errichteten Garnisonsanstalten gegen eine billige Entschädigung vom Reiche übernommen werden. — Eine Anzahl Hebammen aus Pommern bittet, dahin zu wirken, daß den Hebammen von Seiten der Gemeinden oder aus Staatsmitteln eine feste Unterstützung oder Befoldung gewährt werde. — Der Schmiedemeister Christoph zu Lebus beantragt Einführung der sog. Noth-Civilruhe und macht Vorschläge zur Einführung einer Vermögenssteuer. — Eine Petition von G. Silberstein zu Gießen und Genossen, die Annahme eines Gesetzentwurfs bezüglich der Uebergangssteuer auf Eßig. — Der Kaplan und Genossen zum heil. Lambertus zu Münster bitten, zu beschließen, daß das Reichsgesetz vom 4. Mai 1874 betr. die Verhinderung der unbefugten Ausübung von Kirchenämtern aufgehoben sei. — Der Wäsche- und Dintefabrikant Uffhausen zu Neumünster (Holstein) bittet, gleichwie von schwedischen Zündhölzern, ebenfalls eine dem Eingangszoll des Auslandes entsprechende Eingangsteuer von Wäsche und Dinte erheben zu lassen. — Der Arztliche Verein zu Hannover bittet um Beibehaltung der Gymnasialvorbildung zum Studium der Medizin. — Der Reichstags-Abgeordnete für den 9. Wahlkreis des Königreichs Sachsen, Max Kayser zu Dresden, bittet, der Reichstag wolle an das Königl. sächsische Justizministerium das Ersuchen richten, ihm während der Dauer der gegenwärtigen Reichstags-Session eine Strafaussetzung zu gewähren. — Der Bergarbeiter-Verein zu Freiberg in Sachsen, eingetragene Genossenschaft, bittet, dahin zu wirken, daß die Silberwährung im Deutschen Reich eingeführt werde. — Julius Kretzer zu Glauchau und Genossen petitioniren um Abschaffung des Impfwanges. — Eine größere Anzahl von Petitionen geht von ehemaligen Militärpersonen aus und bezieht sich auf die Ertheilung resp. Erhöhung der bereits gewährten Invalidenpensionen etc.

Frankreich.

Paris, 19. Sept. Die Rede, welche Gambetta gestern im Zirkus von Romans vor einer Zuhörerschaft von mindestens 6000 Köpfen gehalten hat, ist ein vollständiges Programm und zeichnet sich von den bisherigen Wanderreden des gefeierten Volksmannes durch Gedrungtheit und strenge Sachlichkeit aus, daher wir sie mit ganz unerheblichen Kürzungen wiedergeben. Nach einigen einleitenden Dankesworten will der Redner eine Umschau halten über das, was gethan worden ist, und über das, was noch zu thun übrig bleibt.

Im Jahre 1871, sagt er, wurde in Folge außerordentlicher Umstände eine Nationalversammlung gewählt, die nicht ein Abbild Frankreichs, sondern ein Abbild des Regimes war. Da verkündete ein prophetischer Mund: Die Zukunft wird der Besonnenheit und gerechten von den Parteien gehören. Die Probe ist gemacht: die republikanische Partei ist durch Besonnenheit und Gerechtigkeit zur Gewalt gelangt. Von Anfang an war es unsere Ueberzeugung, daß die republikanische Partei allein, wenn sie sich erst mit der Regierungs-

kunft vertraut machte, Frankreich wiederherzustellen und ihm die Sympathien der Welt wiederzugewinnen vermöchte. In diesem Sinne entsaßten wir uns unseren Plan. Dazwischen unternahm eines Tages alle reaktionären Parteien unter kirchlicher Fahne einen Sturm auf die Republik. Frankreich blieb unerschütterlich und Ihr, die Wähler, zeigtet durch Euerer Opferwilligkeit und Euer Zusammenhalten Eueren Bewilligungen, welches ihre Stärke und ihre Pflichten waren. Es war jetzt dargezogen, daß die Republik nicht zufällig entstanden, sondern allein in der Lage war, Frankreich die doppelte Wohlfahrt der Ordnung und Freiheit zu sichern. Wie sollen wir nunmehr unseren Sieg verwerten? Wir haben eine Verfassung, deren Unvollkommenheiten ich nicht verleugne, die uns aber schon gegen die Wiederkehr von Gewaltthatigkeiten geschützt hat. Man hat noch kürzlich in laif zu erathender Absicht beunruhigende Gerüchte verbreitet; man hat gesagt, der oberste Beamte der Republik werde, wenn die Senatorenwahlen republikanisch ausfielen, sein Mandat niederlegen. Diejenigen, welche diese Gerüchte verbreiteten, hatten sich verrechnet. Mit den wackelnden Vertretern, welche das Land sich gegeben hat, braucht man eine Bilanz oder einen Wechsel der obersten Gewalt nicht zu fürchten. Zwischen dem Rücktritt und der Neubestellung würde nicht ein Tag vergehen und persönliche Nebenbuhlerschaften würden nirgends zum Vorschein kommen. (Stürmisches Bravo.) Uebrigens deutet nichts auf eine solche Anwandlung von Schwäche hin; sie wäre ein Verstoß gegen die Pflicht, da der Inhaber eines solchen Amtes bis zum Ende auf seinem Posten bleiben muß, und wenn zu der von der Verfassung bezeichneten Stunde die oberste Gewalt in normaler Weise und ohne jegliche Störung auf einen andern übergegangen sein wird, so werdet Ihr, wie jener Weise, die Bewegung bewiesen haben dadurch, daß Ihr nicht, der Präsident wird sich nicht, er kann und darf sich nicht zurückziehen, auch hat er gar kein Interesse, sich zurückzuziehen.

Eine erste Etappe wäre also zurückgelegt, andere liegen aber noch vor uns. Die gegenwärtige Lage ist in meinen Augen noch nicht die definitive Verwirklichung unserer Prinzipien, aber wir können schon jetzt absehen, welche Reformen sich zunächst durchzuführen ließen. Die Verwaltung ist im Begriff, sich zu verjüngen. Sie muß ganz republikanisch werden; den Widerspruch zwischen einer allgemein anerkannten und gewollten Regierung und Beamten, die ihr feind sind, kann das Land nicht länger ertragen. Erst wenn diese Elemente entfernt sind, wird die sonst in ihrer Einheit und Centralisation so bewundernswürdige französische Verwaltung auch ihrerseits dazu beitragen, Frankreich in seiner politischen, sittlichen und gesellschaftlichen Integrität wieder herzustellen. Nicht mindere Aufmerksamkeit müssen wir der Armee schenken. Sie ist die Stütze Frankreichs und die wichtigsten moralischen und materiellen Interessen kommen bei ihr in Frage. Viel ist schon geschehen und letzten Sonntag sah ich bei der großen Reue von Vincennes manche Thränen der Rührung fließen. Es war das erste Mal, daß unsere jungen Reservisten in Reih und Glied erschienen, und Jedermann konnte die Freize, den Stolz, das Nationalgefühl beobachten, welche sie befeelen. Man sah in diesem Zuge, daß die Armee nie mehr, wie ehemals, ein Werkzeug der Bedrückung in verbrecherischen Händen sein, sondern nur noch der Ehre und Unabhängigkeit Frankreichs dienen wird. Die Politik darf keinen Platz in der Armee finden; aber das Gesetz muß in ihr herrschen, gelten und geachtet sein von den niedrigsten Graden bis zu den Oberkommandos. (Bravo.) Ich kenne keinen erhabeneren Beruf als den des Richters. Nicht ich werde das Gewicht seiner Entscheidungen zu schwächen suchen und ich erkläre ganz offen, daß ich ein Anhänger der Unabsetzbarkeit der Richter bin. Dieses Prinzip sollen zu lassen, schiene mir ein sehr gefährliches Unternehmen. Unpatriotisch ist aber, daß ein ganzer Beamtenkörper, wie er uns vor einer im Vorzuge zu Grunde gegangenen und politisch und moralisch in die Art erklärten Regierung vermach worden ist, ohne die besondere Befähigung (investiture) der neuen Regierung fortzusetzen sollte. Darum verlange ich gerade zur Schonung des Richterstandes und des Prinzips der Unabsetzbarkeit, daß die Regierung den richterlichen Beamten gegenüber die gesetzlichen Sicherheiten nehme, welche die früheren Regierungen genommen haben. (Anhaltendes Bravo.) Die kirchliche Frage, d. i. die Frage des Verhältnisses zwischen Staat und Kirche, beherrscht alle anderen Fragen und hält sie in der Schwebel. Dahin flüchtet, dort verhängt sich der Geist der Vergangenheit. Ich muß auf die immer wachsende Gefahr hinweisen, mit welcher der ultramontane Geist die moderne Gesellschaft bedroht, der Geist des Vatikan, der Geist des Sullans, der nur darauf abzielt, die Unwissenheit zur allgemeinen Knechtung auszubenten. (Stürmischer, minutenlanges Beifall.) Ich sage: das Verhältniß zwischen Staat und Kirche. Ich weiß wohl, daß es richtiger hätte lauten sollen: das Verhältniß zwischen Staat und den Kirchen; aber in nationaler Hinsicht bietet der Ultramontanismus allein dem Staate Trost, und wenn ich sehe, wie er sich unablässig fremde Rechte anmaßt und täglich in das Gebiet des Staats übergreift, darf ich mit vollem Recht sagen: die sociale Gefahr liegt da! Der kirchliche Geist sucht sich überall einzuschleichen, in die Armee wie in die Justiz, und es ist bezeichnend, daß so oft das Glück des Vaterlandes flukt, die Aktien des Jesuitismus steigen. (Bravo.) Fern liegt mir der Gedanke, die Freiheit und insbesondere die Gewissensfreiheit einschränken zu wollen; aber die Diener der Religion haben auch Pflichten gegen den Staat und wir verlangen von ihnen weiter nichts, als daß sie diese Pflichten erfüllen. Dabei spreche ich nicht sowohl von der weltlichen Gesellschaft, die eher selbst bedrückt ist, als daß sie bedrückt, sondern vielmehr von jenen Taufenden von Priestern aller Farben, die gar kein Vaterland haben oder deren Vaterland höchstens auf dem letzten Hügel von Rom liegt; ja, selbst in Rom wird dieser Fleder von der gesetzlichen Autorität als unversöhnlich bekämpft, denn die moderne Gesellschaft darf sich wohl bis in die Befragung des Pontifex gegen die von ihm entsandten Wannstrahlen verteidigen.

Man wende die Gesetze, alle Gesetze, an und schaffe jeden unerbittlichen Vorzug ab, dann wird man an die Tradition angeknüpft haben, welche von der ersten Morgenröthe der ersten Revolution von 1789 bis zu dem letzten Abendlichte der Revolution von 1848 herrschte

und erst an jenem unseligen Dezembertage unterbrochen wurde, an dem sich die Mörder des Volkes und die Männer, welche ihre That segneten, die Hand reichten. Man schaffe die Privilegien ab; wie viele genießen Ansehen, nur weil ihr Vorrecht die Leichtgläubigkeit der Menge täuscht! Das gemeine Recht für Alle; auch die allgemeine Wehrpflicht muß eine Wahrheit werden. Dazu bedarf es einer Revision des Gesetzes über den Freiwilligendienst; seinen Beruf soll der Staatsbürger erst wählen, wenn er den ersten aller Berufe, die Pflicht, dem Vaterlande zu dienen, erfüllt hat (Beifall). Die wahre Passion Eurer Gesetzgeber und Staatsbeamten soll aber der öffentliche Unterricht sein; ihre Aufgabe ist es, das französische Volk zu dem gebildetsten, gelehrtesten und kunstverwöhntesten aller Völker zu machen. Auch hier wieder gilt es, die Ansätze des Meritismus zurückzuweisen, unsern Kindern den Verstand zu öffnen, nur vernünftige und gesunde Begriffe beizubringen und sie vor allen Dingen mit den Vorschriften unseres öffentlichen Rechts, mit ihren Bürgerpflichten vertraut zu machen, auf daß sie nicht Gelehrte, sondern verständige Leute und Patrioten werden. Weibe Geschlechter müssen an diesen Fortschritten Theil nehmen. Die Frauen dürfen unseren Grundsätzen und Tugenden nicht fremd bleiben: die Geister müssen einig sein, damit die Herzen sich verstehen. Die Gewerbe- und Lehrlingschulen müssen sich vervollständigen, dem Kopfe Bildung und der Hand Geschicklichkeit verleihen. Der Mittelunterricht muß unter der Leitung des Staates stehen. Es kann nicht geduldet werden, daß unsere Geschichte in unseren Schulen verunglimpft wird; die Kinder Frankreichs müssen auch eine französische Erziehung erhalten. Welche Breche die Feinde des Staates noch neuerdings in den höheren Unterricht gelegt haben, ist Euch bekannt. Die Universität (der staatliche Unterricht) ist bei allen seinen Unvollkommenheiten noch die Zufluchtsstätte des modernen Geistes. Man muß ihr notwendiger Weise zurückerkennen, was ihr hinterläßt entzogen worden ist, die Verleihung der akademischen Grade. Die materiellen Interessen werden wir nicht vernachlässigen. Ich für meinen Theil hege die Ueberzeugung, daß es vor allen Dingen gilt, die Solidarität des französischen Staatskredits zu bewahren, vermöge deren wir schon eine erste Revolution nehmen konnten. Was ist der Reichthum? Das Erzeugniß der Arbeit. Was ist die Republik? Die Regierung der Arbeitenden. (Langer Beifall.) Der Kredit Frankreichs hat es möglich gemacht, die großen Bauten, Kanäle und Eisenbahnen zu unternehmen, welche dazu dienen werden, die Völker durch die Freiheit ihres Waarenverkehrs einander zu nähern; er hat es möglich gemacht, alle unsere Regierungsorgane, den Unterricht, das Postwesen, reich auszustatten. Darum bin ich im Interesse der Befestigung dieses Kredits gegen die Konversion der Rente: wir sind Schonung und Achtung ihrer Interessen den Leuten schuldig, die uns in den schmerzreichen Zeiten, welche Frankreich durchzumachen hatte, vertrauensvoll ihre Ersparnisse dargebracht haben.

Sind erst einmal jene ersten Reformen, die ich nur kurz skizziren konnte, durchgeführt, dann wird die Republik definitiv unsere Gesetze und Sitten durchdrungen haben; sie wird unüberwindlich sein und Maßregeln der Milde und Vergebung werden den Schlüssel bilden zu einem freien, starken, allbewunderten Frankreich. (Allgemeiner Beifall.)

Als Andancette erzählt der „Petit Lyonnais“ noch folgende Episode: Als Gambetta vom Tisch aufstand, näherten sich ihm drei junge Mädchen, von denen die Eine ganz in Blau, die Andere in Weiß, die Dritte in Roth gekleidet war, und überreichten ihm einen ungeheuren dreifarbigen Blumenstrauß. Die Eine sollte eine kleine Ansprache halten, konnte aber vor Bewegung kein Wort hervorbringen. Gambetta beruhigte sie lächelnd, und nun sprachen die drei Mädchen der Reihe nach: „Dem großen Bürger! Dem berühmten Verteidiger der Republik! Dem großen Redner!“ Gambetta gab einer Jeden eine symbolische Antwort. „Sie, mein Fräulein,“ sagte er zu der Rothen, „stellen uns die Zukunft Frankreichs dar. Weiß (sprach er zu der Andern) ist die Farbe, die in der Geschichte unserer Vergangenheit eine große Rolle spielt. Blau endlich (wandte er sich zu der Dritten) ist die Farbe der Stadt Paris, in der sich alle Größe und alles Genie der Nation vereinigen, einer oft verwundeten Stadt, der man dafür nicht genug Satisfaktion geben kann. Paris ist eine gar vornehme Dame; in ihm schlägt das Herz der Frauen Frankreichs. In den Tagen der Invasiön ging die Pariserin ganz in der Verteidigung des Vaterlandes auf!“

Badische Chronik.

* Pforzheim, 20. Sept. In Anbetracht, daß eine richtige Behandlung und Versorgung unbedeutender Kranker mit zu den Aufgaben der Armenpflege gehört, hat der Protestantenverein hier die Gründung einer Krankenpflege-Station für Arme unternommen. Dieselbe wird für Stellung von entsprechend ausgebildeten Wärterinnen besorgt sein und in nächster Beziehung zur städtischen Armenverwaltung sowie zum Badischen Frauenverein stehen. — Von der 76jährigen Wittve des verstorbenen G. Kreuze ist ein sehr verbindliches Schreiben an Hrn. Musikdirektor Mohr dahier eingelaufen, worin dieselbe den Dank für den in 385 Mark bestehenden Reinertrag des zu ihren Gunsten von den hiesigen vereinigten Gesangsvereinen veranstalteten Konzertes anspricht.

Vermischte Nachrichten.

— Von der bayrisch-böhmischen Grenze wird dem „Passauer Tagbl.“ gemeldet: „Nach einer vorausgegangenen, sehr kalten Witterung hat es am 15. d. anhaltend geschneit. Die Leute tragen bereits die Winterkleider. Dieser Tage hat man an den Grenzorten auch Wildenten freifen sehen.“

Verantwortlicher Redakteur:
Geinrich Goll in Karlsruhe.

